

27. JANUAR 1945
KZ AUSCHWITZ BEFREIT

ERINNERN

EINE BRÜCKE
IN DIE ZUKUNFT

Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus

Thema

Gleichschaltung am Beispiel der
Medien

Donnerstag

26. Januar 2023

18:00 Uhr

AntoniterCitykirche
Schildergasse

Mahngang

zum Bahnhofsvorplatz
Es spricht Naciye Alpay
von Stimmen der Solidarität -
Mahnwache Köln e.V.

Grußwort

Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Sprecher:innen

Maria Ammann
Renate Fuhrmann
Axel Gottschick
Markus Andreas Klauk

Musik

Martina Neschen

Projektgruppe Gedenktag

Infos zur Veranstaltung
antonitercitykirche.de
frauengeschichtsverein.de

Unterstützer:innen:

AK Lern- und Gedenkort Jawne - Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Köln - Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat - Bündnis90/Die Grünen Köln - Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte - Centrum Schwule Geschichte - DFG/VK Köln - DGB Region Köln-Bonn - Die Linke Köln - Die Linke. Fraktion im Rat der Stadt Köln - DKP Köln - Evangelische Gemeinde Köln - FDP Kreisverband Köln - Friedensbildungswerk Köln e.V. - Kölner Friedensforum - Geschichtswerkstatt Kalk - Jugendclub Courage Köln e.V. - Jungsozialisten Köln - Karl Rahner Akademie - Katholikenausschuss - Katholisches Stadtdekanat Köln - Kölner Appell gegen Rassismus e.V. - Kölner Frauengeschichtsverein - Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit - LAG Lesben in NRW - Jüdische Liberale Gemeinde Köln - LSVD, Lesben- und Schwulenverband - Melanchthon-Akademie - NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln - Omas gegen Rechts - Pax Christi Gruppe Köln - Rom e.V. - Queeres Netzwerk NRW e.V.- SPD Fraktion im Rat der Stadt Köln - SPD Köln - Synagogen-Gemeinde Köln - ver.di Bezirk Köln-Bonn-Leverkusen - Verein EL-DE-Haus e.V. - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten Köln - Werkstatt für Ortsgeschichte Köln-Brück

V.i.S.d.P: Irene Franken, c/o Kölner Frauengeschichtsverein, Höninger Weg 100A, 50969 Köln

Fake News, Desinformation, Unterdrückung und Zensur von Fakten sowie Hetznachrichten sind ein Mittel, politische Machtinteressen zu unterstützen und die Demokratie zu untergraben. Die Regeln für die politische Propaganda der NSDAP werden in Deutschland schon früh in „Mein Kampf“ festgelegt. Nach der Wahl am 5. März 1933, bei der die NSDAP 43,9% der Stimmen im Reichstag gewinnt, prägt die „Gleichschaltung“ der Massenmedien die politische Öffentlichkeit, die Gesellschaft, die Kultur samt Sprache bis in die Wortwahl hinein. Ein besonderes Augenmerk liegt auf Presse und Rundfunk.

Die meisten Zeitungen sind dem Nationalsozialismus gegenüber vor 1933 zwar zurückhaltend bis feindlich eingestellt. Dennoch spiegelt sich die politische Radikalisierung und Polarisierung der Gesellschaft immer deutlicher auch in der Presse wider. Die geachtete Kölnische Zeitung hat schon vor 1933 ihre liberale Orientierung partiell aufgegeben. Örtliche Nazis fordern die Leser:innen auf, ihr Abonnement zu kündigen und hetzen gegen eine angebliche finanzielle Abhängigkeit von jüdischen Geldgeber:innen. Viel Druck von außen ist nicht nötig. Auch der Verlag DuMont hält sich bald an die Vorgaben der Nazi-Propaganda.

Die Redakteur:innen, jetzt Schriftleiter:innen, haben über die Inhalte einer Zeitung zu wachen. Sie müssen „arischer Abstammung“ sein und sind verpflichtet, aus den Zeitungen alles fernzuhalten, was gegen die sogenannte „Ehre und Würde eines Deutschen“ verstößt bzw. die deutsche Wehrhaftigkeit schwächt. Mit der Verordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28.2.1933, der sogenannten „Reichstagsbrandverordnung“, wird u.a. das Grundrecht auf Meinungs- und Pressefreiheit außer Kraft gesetzt.

Reichsweit werden ca. 60 kommunistische und 135 sozialdemokratische Zeitungen verboten- SA-Leute besetzen Druck- und Verlagshäuser. Chefredakteure wie Wilhelm Sollmann werden verprügelt und verhaftet, Vermögen beschlagnahmt und Immobilien enteignet. Der Westdeutsche Beobachter“, 1925 als wöchentliches Parteiorgan der NSDAP gegründet, entwickelt sich ab 1930 zur Tageszeitung. Als zweitgrößte NS-Zeitung im Deutschen Reich enthält insbesondere sein Lokalteil antisemitische und antiziganistische Hetze. Die Leser:innenschaft wird mit Artikeln wie „Meidet jüdische Ärzte u. Rechtsanwälte“ oder „Der Unfug der Wahrsagerei“ aufgewiegelt.

Die Zeitung verbreitet Stereotype über die vermeintliche Boshaftigkeit, Kriminalität und Primitivität der Sinti:ze und Rom:nja. Aber nicht nur der „Westdeutsche Beobachter“, sondern auch die „Kölnische Zeitung“ reproduziert solche Lügen und Vorurteile bis weit nach 1945.

Schon 1932 gerät die Westdeutsche Rundfunk AG ins Visier der rechten Presse. Sie habe sich zu einer „Brutstätte pro-bolschewikischer Zersetzungsarbeit“ entwickelt, schreibt der „Westdeutsche Beobachter“. Im Frühjahr 1933 beginnt eine Entlassungswelle, bei der der Intendant Ernst Hardt und alle jüdischen Mitarbeiter:innen sowie sogenannte „politisch Unzuverlässige“ auf die Straße gesetzt werden.

Darunter ist auch die Radiopionierin Marie-Theres van den Wyenbergh, die von 1928 bis 1933 den Frauenfunk leitete. Am Beispiel ihrer Sendereihe „Frauenstunde“ wird der große Verlust des anspruchsvollen Radio-Programms deutlich. Der Kölner Funk verkommt nach der Gleichschaltung durch die Nazis zu einer Propagandaveranstaltung mit Gute-Laune-Musik und gefälschter Kriegsberichterstattung.

Der Schwur der Überlebenden des KZ Buchenwald vom April 1945
ist immer noch aktuell:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere
Lösung, der Aufbau einer neuen Welt
des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

